



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 125

05. DEZEMBER 2008

MEHR LEISTUNGEN FÜR DIE FAMILIE

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Mit vielen Initiativen (wie z. B. dem Elterngeld) hat gerade die Union den Familien in Deutschland immer wieder unter die Arme gegriffen.

Mit dem Familienleistungsgesetz, das der Bundestag jetzt verabschiedet hat, wird dieser Kurs fortgesetzt. Die Novelle der unionsgeführten Bundesregierung sieht vor, Familien in Deutschland um 2,1 Milliarden Euro zu entlasten.

Das Maßnahmenpaket umfasst zunächst eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes und des Freibetrages.

Ab Januar 2009 erfolgt die Anhebung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder um jeweils 10 Euro auf nun 164 Euro. Für das dritte Kind gibt es in Zukunft 170 Euro (ein Plus von 16 Euro). Auf vierte und weitere Kinder entfallen nun 195 statt 179 Euro monatlich.

Neben der Kindergelderhöhung soll sich der Kinderfreibetrag bei der Steuer künftig auf 6000 Euro summieren.

Kinder aus Familien, die auf Sozialleistungen wie Hartz IV angewiesen sind, sollen nach dem Familienleistungsgesetz

zukünftig von der ersten bis einschließlich zur zehnten Klasse (jeweils zu Schuljahresbeginn) einen zusätzlichen Betrag von 100 Euro erhalten.

In der Unionsfraktion war dieses Schulbedarfspaket nicht unumstritten. Denn schon ohne Bedarfspaket bezieht ein Hartz IV-Haushalt mit zwei Kindern 1800 Euro netto an Transferleistungen. Hier ist das Lohnabstandsgebot das Problem, wenn auf Hartz IV immer noch aufgestockt wird.

Dennoch trägt die CDU/CSU-Fraktion das Schulbedarfspaket mit. Denn es ist es auch ein Grundsatz der CDU, dass der Bildungserfolg der Kinder nicht vom materiellen Hintergrund der Eltern abhängig sein darf.

Auch über eine Ausweitung des Schulbedarfspaketes über das 10. Schuljahr hinaus hätte die Union mit sich reden lassen. Ein entsprechender Entschließungsantrag scheiterte im Deutschen Bundestag, nachdem die SPD ihre Unterstützung zurückgezogen hatte.

Schließlich sieht das Familienleistungsgesetz vor, dass die Förderung haushaltsna-



her sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und haushaltsnahen Dienstleistungen ausgeweitet wird.

Bis zu einem Gesamtbetrag von 20.000 Euro werden dann 20 Prozent der Aufwendungen etwa für Babysitter oder Haushälter von der Steuerschuld abgezogen. Maximal wären das also 4000 Euro.

Ich hoffe, dass vom neuen Familienleistungsgesetz auch wirtschaftliche Impulse ausgehen werden. In jedem Fall stärken die im Familienleistungsgesetz gebündelten Maßnahmen die Kaufkraft aller in Deutschland lebenden Familien mit Kindern. So kann auch die Binnenkonjunktur angekurbelt werden.

Liebe Leserinnen und Leser.

Die unionsgeführte Bundesregierung tut was – gerade für die Familien in Deutschland. Das *Wohngeldgesetz* ergänzt z. B. die am 1. Januar 2009 in Kraft tretende *Wohngeldleistungsnovelle* um einen einmaligen *Wohngeldbetrag* (durchschnittlich 100 - 130 Euro) als Ausgleich für erhöhte Energiekosten. Zudem ging es im Bundestag um das *Familienleistungsgesetz*. Das hilft Familien mit geringem Einkommen. Heute will ich Ihnen die Kernpunkte der Novelle vorstellen.

Herzlichst, Ihr

B3-NEU PROFITIERT VON VERKEHRSSINVESTITIONEN



Noch immer hält uns die globale Finanzmarktkrise in Atem. Längst sind ihre Auswirkungen auch bei der heimischen Wirtschaft zu spüren.

Nachdrücklich hat sich die Unionsfraktion vor diesem Hintergrund immer wieder für eine Verstärkung der Verkehrsinvestitionen durch die Große Koalition eingesetzt.

Dieser Einsatz hat sich ausgezahlt: Nach den Haushaltsverhandlungen im Bundestag werden die im Bundeshaushalt veranschlagten Aufwendungen für die Verkehrssträ-

ger Straße, Schiene und Wasserstraße mit mehr als 11 Milliarden Euro im Jahr 2009 einen historischen Höchststand erreicht haben.

Alleine auf den Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen und Bundesautobahnen entfallen fast 6 Milliarden Euro. Das sind rund 800 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Gegenüber dem Jahr 2008 werden die Verkehrsinvestitionen damit insgesamt um 17 Prozent erhöht.

Zudem hat die Bundesregierung in dieser Woche das

Innovations- und Investitionsprogramm „Verkehr“ vorgestellt.

Besonders erfreulich ist, dass aus den Mitteln dieses Programms jetzt 13,5 Millionen Euro in das Projekt B3-neu fließen werden. Die B3-neu dient sowohl als Anschluss an die A26 als auch als Ortsumgehung für die Gemeinde Neu Wulmstorf.

„Ich hoffe, dass die Zusage aus dem Ministerium nun eingehalten und demnächst mit dem Bau begonnen wird“, erklärte Michael Grosse-Brömer.

MEHR GELD FÜR DIE SPORTFÖRDERUNG



Das Sportjahr 2008 vereinte Licht und Schatten. Während sich die Fußballnationalmannschaft bei der EURO 2008 bis ins Finale durchkämpfte, fiel die Bilanz bei der Olympiade in China eher durchwachsen aus. Gerade bei der Leichtathletik herrscht aus Sicht vieler Experten Nachholbedarf.

Umso erfreulicher ist es, dass der Sport in diesem Jahr zu klaren Siegern der Haus-

haltsverhandlungen im Deutschen Bundestag gehört. Insgesamt werden die Sportfördermittel auf über 180 Millionen Euro im Jahr 2009 angehoben. Zum Abschluss der Haushaltsrunde wurden noch einmal 12 Millionen Euro zusätzlich bewilligt, um bewusst Schwerpunkte auszubauen.

Für die Deutsche Sporthilfe wird auch 2009 ein Bundeszuschuss von einer Million

Euro zur Verfügung gestellt, um trotz zurückgehender eigener Einnahmen Sportförderung auf hohem Niveau zu gewährleisten.

Mehr erhält auch das Institut für angewandte Trainingsforschung (IAT) und das Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES). 1,6 Millionen Euro zusätzlich werden den beiden „Medaillenschmieden“ 2009 zur Verfügung stehen.

ANGELA „LUDWIG ERHARD“ MERKEL



(Quelle: www.Bild.de)

TERMINAUSWAHL

- 05.12. Weihnachtsfeier der CDU Jesteburg
- 06.12. Bezirksdelegiertenversammlung der CDA in Lüneburg
- 09.12. Weihnachtsfeier CDU-Kreisvorstand in Nenn-dorf